



ÖSTERREICHISCHES STABILITÄTSPROGRAMM

Fortschreibung für die Jahre 2005-2008

**Bundesministerium für Finanzen
Wien, 29. November 2005**

**Bundesministerium für Finanzen
Wien, November 2005**

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung und Zusammenfassung	4
2. Österreichs Wirtschaftsentwicklung 2001 bis 2008	5
2.1. Wirtschaftliche Entwicklung bis 2004	5
2.2. Wirtschaftliche Entwicklung 2005 bis 2008	8
3. Wirtschaftspolitik bis zum Jahr 2008	11
3.1. Wirtschaftspolitische Strategie, Budgetpolitik und mittelfristiges Ziel für den Budgetsaldo	11
3.2. Die öffentlichen Haushalte 2005	11
3.3. Die öffentlichen Haushalte 2006 bis 2008	13
3.4. Entwicklung der Struktur der öffentlichen Ausgaben	16
3.5. Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote	17
3.6. Konjunkturelle Entwicklung und Budgetsaldo 2004 bis 2008	18
4. Sensitivitätsanalyse und Vergleich mit der letzten Fortschreibung	19
4.1. Abweichungen gegenüber der letzten Fortschreibung	19
4.2. Sensitivität des Basisszenarios bezüglich exogener Schocks	20
5. Qualität der öffentlichen Finanzen	22
5.1. Gesundheitsreform 2005	22
5.2. Verwaltungsreform II	23
5.3. Pensionsreformen	24
5.4. Haushaltsrechtsreform	26
6. Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen	28
7. Horizontale Maßnahmen mit Einfluss auf die öffentlichen Finanzen	29
7.1. Kapitalmarkt	29
7.2. Privatisierung	30

1. Einleitung und Zusammenfassung

Die EU-Verordnung 1466/97 i.d.F.v. Verordnung 1055/2005 besagt, dass jeder Mitgliedstaat jährlich ein Stabilitätsprogramm (Teilnehmer an der Währungsunion) oder ein Konvergenzprogramm (Nicht-Teilnehmer) vorzulegen hat. Österreich legt hiermit die Fortschreibung seines Stabilitätsprogramms für die Jahre 2005 bis 2008 vor. Die Struktur des Programms entspricht den Vereinbarungen des ECOFIN-Rates vom 11. Oktober 2005 (*Code of Conduct*).

Mit diesem Programm bekennt sich Österreich nachdrücklich zu den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die Stabilität und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen schaffen die Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung struktureller Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa.

In der Finanz- und Wirtschaftspolitik verfolgt die österreichische Bundesregierung eine 3-Säulen-Strategie:

- **Ausgeglichener Haushalt über den Konjunkturzyklus**
- **Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf unter 40% des BIP bis zum Jahr 2010**
- **Erhöhung des Wachstumspotenzials durch verstärkte Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur**

Die erfolgreiche Implementierung dieser Strategie erhöht die Attraktivität Österreichs im internationalen Standortwettbewerb. Einige der wichtigsten Vorhaben dieser Bundesregierung sind bereits umgesetzt oder werden im Programmhorizont erreicht:

- **Umfassende Steuerreform in den Jahren 2004/2005 und dadurch Absenken der Steuer- und Abgabenquote**
- **Fortsetzen der Entlastungspolitik**
- **Fortsetzung der Strukturreformen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte (Verwaltungsreform, Gesundheitsreform, Pensionsreformen)**
- **Harmonisierung und Sicherung der langfristigen Finanzierbarkeit der Pensionsysteme**
- **Gesamtstaatlich ausgeglichener Haushalt 2008 bei weiter sinkender Staatsschuldenquote**
- **Wachstums- und Beschäftigungspakete der Bundesregierung: um 1,4 Prozentpunkte höheres BIP und +63.000 Beschäftigte bis zum Jahr 2006 im Vergleich zu einem Szenario ohne Maßnahmen seit 2002**
- **Ohne Wachstums- und Beschäftigungsmaßnahmen wäre seit 2001 durchgehend ein nahezu ausgeglichener Haushalt erzielt worden**
- **Verbesserung des Umfelds für Unternehmensinvestitionen durch die Stärkung des österreichischen Kapitalmarktes und des Finanzplatzes Wien**

Die vorliegenden Zahlen für die öffentlichen Haushalte basieren auf einer vorsichtigen Konjunkturprognose bis zum Jahr 2008 und orientieren sich an der Einschätzung des mittelfristigen Wachstums durch das WIFO. Außerdem werden die wichtigsten Strukturreformen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte dargestellt, die auf eine langfristige Stärkung des Wachstumspotenzials abzielen.

Dieses Programm kann auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen abgerufen werden: <http://www.bmf.gv.at>

2. Österreichs Wirtschaftsentwicklung 2001 bis 2008

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung bis 2004

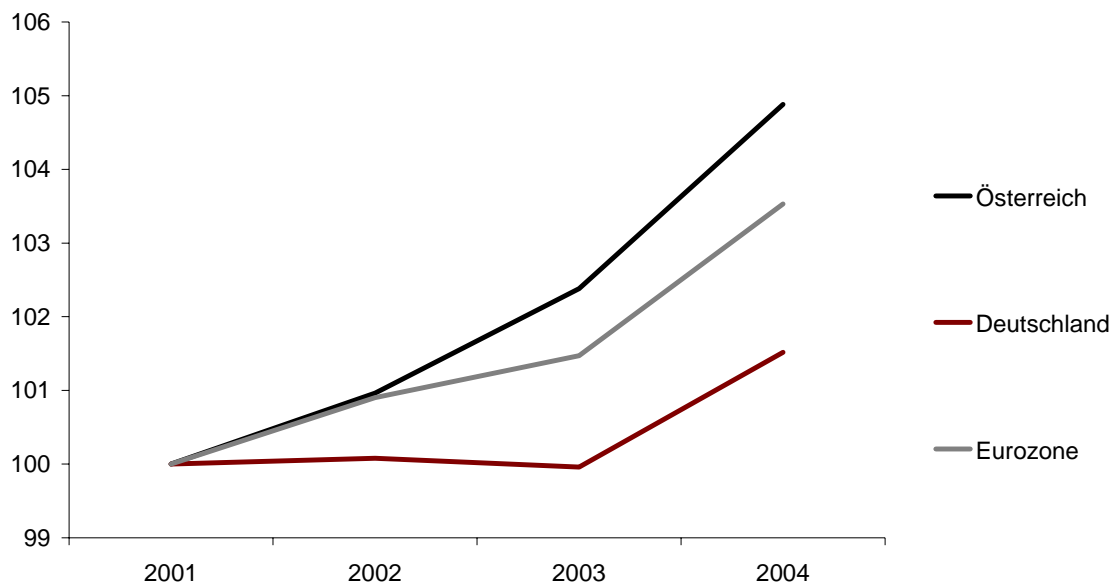
Die österreichische Volkswirtschaft kam aus dem internationalen Konjunktural im Jahr 2001 schneller heraus, als dies im Durchschnitt für die Mitgliedstaaten der Eurozone der Fall war. Die rasche Erholung ist zum einen ein Indiz für die gute Flexibilität, zum anderen hat das Vorziehen von Investitionen im Bereich Infrastruktur die Nachfrage gestärkt. Die Investitionszuwachsprämie bewirkte 2003 eine deutliche Belebung der Ausrüstungsinvestitionen. 2004 profitierte die österreichische Wirtschaft aufgrund hoher preislicher Wettbewerbsfähigkeit und der fortschreitenden Umorientierung zu schnell wachsenden Märkten (in Mittel, Ost- und Südosteuropa, sowie in Nordamerika und Asien) in überdurchschnittlichem Maße von der guten Entwicklung des Welthandels.

Abbildung 1 zeigt die Wachstumsentwicklung in Österreich im Vergleich zum wichtigsten Handelspartner Deutschland und der Eurozone bis 2004.

Abbildung 1: Wachstum Österreich, Deutschland und Eurozone seit 2001

Jahreswerte reales BIP, 2001=100

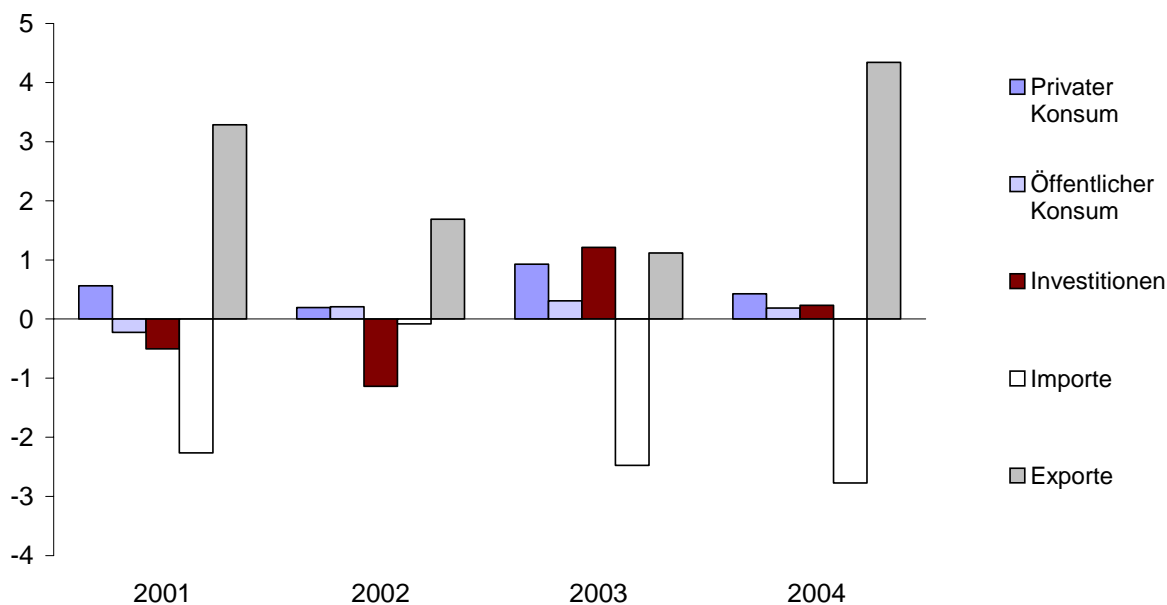
Deutschland und Eurozone zu Preisen von 1995, Österreich auf Vorjahrespreisbasis



Quelle: Europäische Kommission, Statistik Austria

Abbildung 2 zeigt die Wachstumsbeiträge der verwendungsseitigen Komponenten des BIP im Verlauf der letzten 4 Jahre. Die Inlandsnachfrage erreichte nach dem internationalen Wachstumseinbruch 2001 im Jahr 2002 ihren Tiefpunkt. Im Jahr 2003 führten die Investitionszuwachsprämie und andere Maßnahmen im Rahmen der beiden Konjunkturpakete I & II sowie des Wachstums- und Standortpakets 2003 zu einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit. Aber auch die Nachfrage der privaten Haushalte beschleunigte sich auf mehr als 1,6%. Investitionen und privater Konsum bewirkten zusammengenommen eine deutliche Zunahme der Importe. 2004 wurde die Inlandsnachfrage von den Exporten als Wachstumsmotor abgelöst.

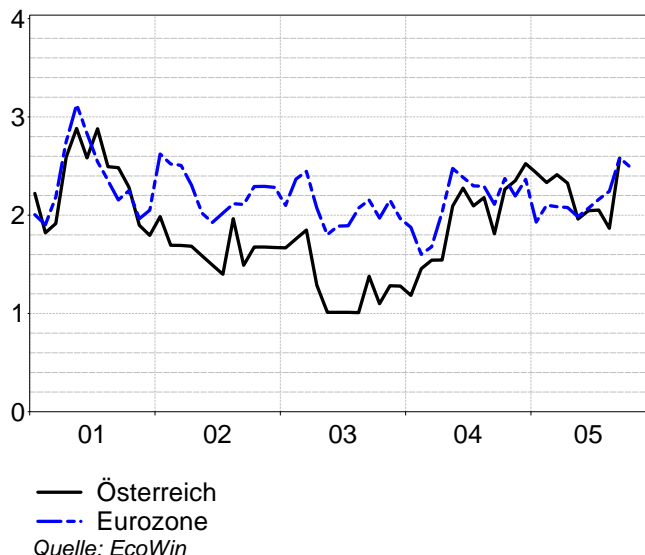
Abbildung 2: Wachstumsbeiträge 2001 - 2004 in Prozentpunkten des BIP
(reale Wachstumsraten der BIP-Komponenten gewichtet mit nominellen Quoten der Vorperiode)



Quelle: Statistik Austria

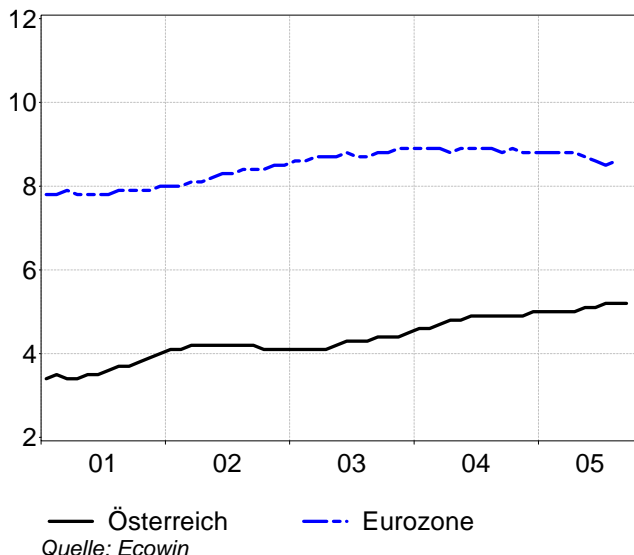
Die Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex entsprach 2004 weitgehend jener in der Eurozone insgesamt. Das trifft bisher auch auf das Jahr 2005 zu (Abbildung 3).

Abbildung 3: Verbraucherpreise
Österreich und Eurozone 2001–2005, Monatswerte, Veränderung gegenüber Vorjahreswert in %



Quelle: EcoWin

Abbildung 4: Arbeitslosenrate
in Österreich und Eurozone von 2001 bis 2005 standardisiert, in %



Quelle: Ecwin

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten steigt weiter an. Ende Oktober 2005 waren 3,266.266 unselbständig Beschäftigte gemeldet, das entspricht einer Zunahme von 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Beschäftigungswachstum erreichte damit im Oktober den höchsten Wert seit dem Jahr 1992, damals betrug der Anstieg 1,5% im Vergleich zum Vorjahr.

Wie schon in den letzten Jahren entwickelte sich das Arbeitsangebot nochmals dynamischer als die Beschäftigung. Die Zahl der Arbeitssuchenden lag im Oktober 2005 mit 237.582 gemeldeten Personen deutlich über dem Wert des Vorjahres. Die von EUROSTAT ausgewiesene saisonbereinigte Arbeitslosenquote liegt 2005 bisher bei 5,2% (September 2005). Eine neue Erhebungsmethode hat zu einer Korrektur dieses Indikators nach oben geführt, die Vergleichbarkeit mit den Werten vor 2004 ist nicht gegeben. Im Vergleich zum Durchschnitt der Eurozone weist Österreich immer noch einen sehr niedrigen Wert auf (Abbildung 4).

Die langfristigen Zinsen sind 2005 auf einem historischen Tief angelangt. Die durchschnittliche Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen lag Mitte November 2005 bei 3,5 Prozent, nachdem im September historische Tiefstände von 3,0 Prozent erreicht worden waren. Der Spread zu den deutschen Bundesanleihen war im ersten Quartal durchgehend negativ und bewegt sich weiterhin in einer Bandbreite von -5 und +10 Basispunkten (Abbildung 5).

In der letzten Fortschreibung war von einem mittelfristig deutlich niedrigeren USD/€ - Wechselkurs ausgegangen worden. Diese Erwartung hat sich nicht realisiert, im Gegenteil, der Euro hat seit Beginn 2005 gegenüber der US-amerikanischen Währung rund 14% an Wert eingebüßt. Für die österreichischen Exporte ist die Entwicklung des realen effektiven Wechselkurses von Bedeutung. Hier erfolgte seit Ende 2003 eine leichte Abwertung von rund 1%.

Abbildung 5: Langfristige Zinsen

in Prozent in Österreich und Deutschland ab 2001 und Spread in Basispunkten (rechte Skala)

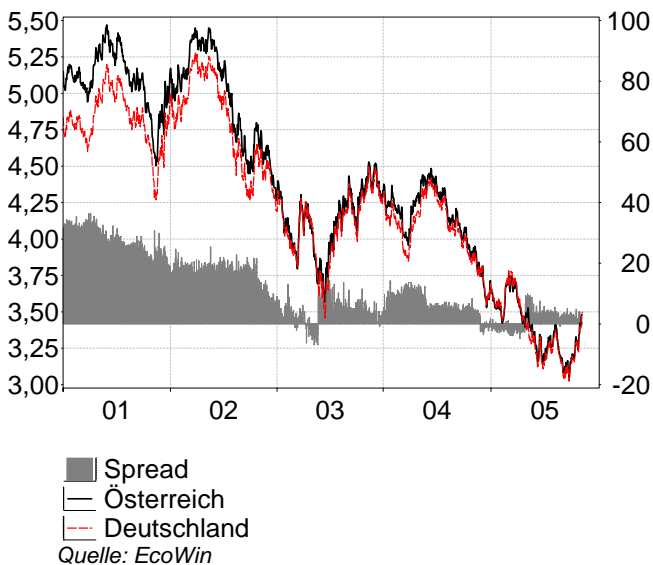
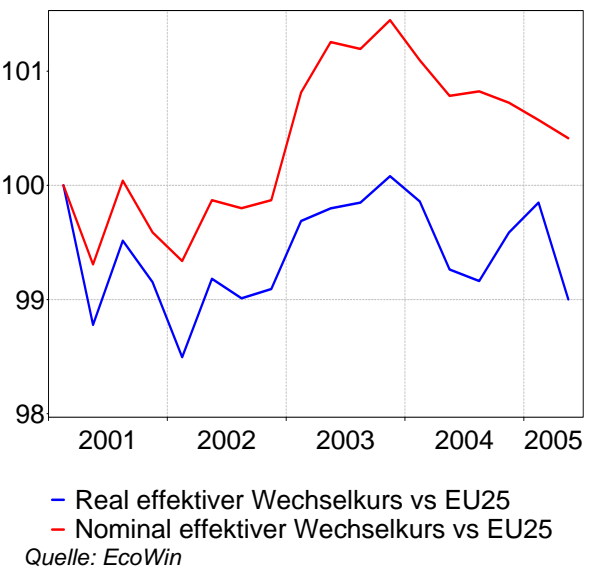


Abbildung 6: Effektive Wechselkurse

nominell und real, 2001 bis 2005 (1. Quartal 2001 = 100)



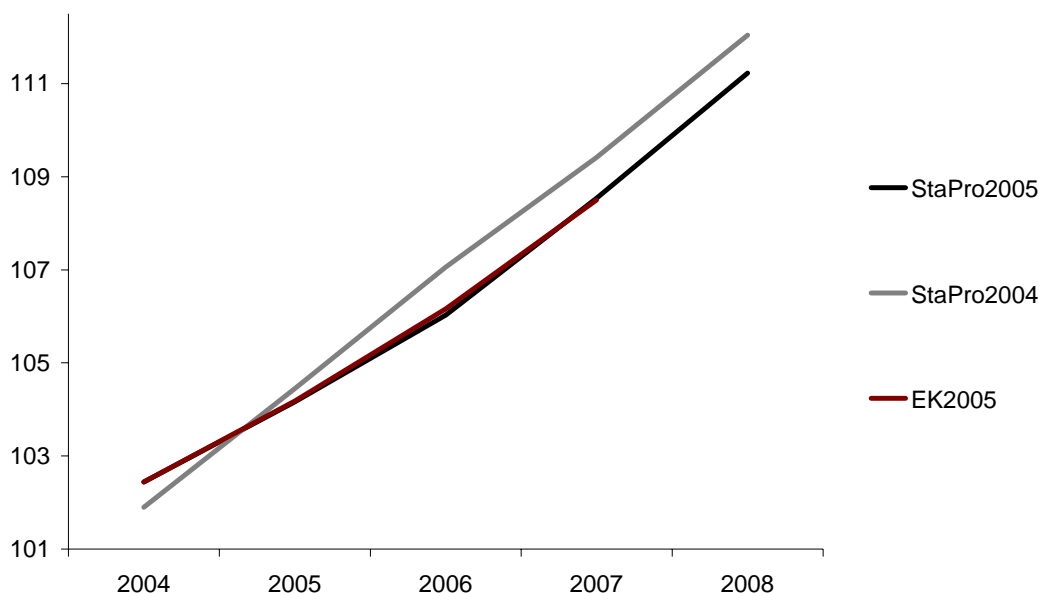
Die Leistungsbilanzentwicklung verläuft nach einem vorläufigen Überschuss im Jahr 2004 von 0,75 Mrd. € auch im Jahr 2005 positiv. Das WIFO geht in seiner Konjunkturprognose von einem Überschuss von jeweils 0,5% und 0,4% des BIP für die Jahre 2005 und 2006 aus (Tabelle 1d). Angesichts der vorsichtigen Einschätzung bezüglich der Entwicklung der Exportmärkte bestehen hier positive Risiken.

2.2. Wirtschaftliche Entwicklung 2005 bis 2008

Aufgrund des schwächeren Welthandels und vor allem aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise verläuft der Wirtschaftsaufschwung 2005 und 2006 gedämpft. Nicht zuletzt aufgrund der sich weiter verbessernden Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft sollte sich jedoch spätestens ab 2007 wieder ein typisches Konjunkturmuster etablieren in dem die Wachstumsimpulse zuerst von stärkeren Investitionen ausgehen und sich 2008 auf den Konsum der privaten Haushalte übertragen (Tabelle 1a). Unterstützt wird der Aufschwung von einer abklingenden Preisentwicklung, nachdem sich die Energiepreise auf hohem Niveau stabilisiert haben (Tabelle 1b). Die Nettoexporte liefern unter der Annahme eines mittleren Wachstums der österreichischen Exportmärkte positive Wachstumsbeiträge. Das skizzierte Wachstumsszenario entspricht weitgehend jenem der EK-Herbstprognose (Abbildung 7).

Abbildung 7: Vergleich Wachstumsentwicklung mit EK-Prognose

reales BIP 2003=100



Quelle: Statistik Austria, Europäische Kommission, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

Die Tabellen 1a bis 1d zeigen die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung im Programmzeitraum. Die Werte für die Jahre 2005 und 2006 entsprechen der WIFO-Prognose von Ende September 2005. Die Werte für 2007 und 2008 stellen eine modellgestützte Prognose dar (Stand: Anfang Oktober 2005). Die positiven und negativen Risiken dieser Prognose für Wachstum und öffentliche Finanzen werden in Abschnitt 4 diskutiert. Die Outputlücke schließt sich erst im letzten Jahr des Programmhorizonts (siehe auch Tabelle 5). In diesem Jahr schließt sich auch die Beschäftigungslücke gemessen an der NAIRU.

Tabelle 1a. Makroökonomische Entwicklungen

	ESVG95 Klassifikation	2004	2004	2005	2006	2007	2008
		Niveau Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
1. Reales BIP	B1*g	232,5	2,4	1,7	1,8	2,4	2,5
2. Nominelles BIP	B1*g	237,0	4,4	3,5	3,7	4,0	3,9
Bestandteile des realen BIP							
3. Privater Konsum	P.3	129,5	0,8	1,4	1,7	1,9	2,0
4. Öffentlicher Konsum	P.3	41,5	1,0	0,7	0,1	0,8	0,8
5. Bruttoanlageinvestitionen	P.51	48,9	0,6	0,4	2,4	4,0	3,6
6. Lagerveränderung und Netto- wertzugang (in % des BIP)	P.52 + P.53	1,0	0,1	-0,1	-0,1	0,0	-0,1
7. Exporte Güter und Dienst- leistungen	P.6	119,6	9,0	3,4	4,3	5,4	5,8
8. Importe Güter und Dienst- leistungen	P.7	108,0	6,2	1,8	3,9	5,1	5,2
Quellen des Wachstums: Wachstumsbeiträge							
9. Inländische Endnachfrage			0,8	1,0	1,5	2,0	2,0
10. = 6.			0,1	-0,1	-0,1	0,0	-0,1
11. Außenbeitrag	B.11		1,6	0,9	0,4	0,4	0,6

Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 1b. Preise und Deflatoren

	2004	2004	2005	2006	2007	2008
	Niveau	Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
1. BIP Deflator		1,9	1,8	1,8	1,6	1,4
2. Deflator Privater Konsum		2,0	2,4	2,1	1,7	1,4
3. HVPI	112,3	2,0	2,3	2,1	1,7	1,5
4. Deflator öffentlicher Konsum		1,9	2,1	2,5	1,7	1,7
5. Deflator Investitionen		1,7	2,2	1,8	1,5	1,4
6. Deflator Exporte		1,0	1,5	1,0	1,0	0,9
7. Deflator Importe		1,2	2,7	1,5	1,0	1,0

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 1c. Arbeitsmarkt

	2004	2004	2005	2006	2007	2008
	Niveau	Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
1. Aktiv erwerbstätige Personen	3,451.963	0,7	1,0	1,0	1,1	1,0
2. Geleistete Arbeitsstunden (in Mio.)	6781	0,3	-	-	-	-
3. Arbeitslosenrate lt. EUROSTAT (%)		4,8	5,2	5,1	5,0	4,9
4. Arbeitsproduktivität pro aktiv Erwerbstätigem	67353	1,7	0,7	0,8	1,3	1,5
5. Arbeitsproduktivität pro geleistete Arbeitsstunde	34,3	2,2	-	-	-	-
6. Arbeitnehmerentgelt	116,6	2,5	3,4	3,7	3,5	3,6

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 1d. Sektorkonten

% des BIP	ESVG95 Klassifikation	2004	2005	2006	2007	2008
1. Leistungsbilanz	B.9	0,3	0,5	0,4	0,5	0,6
<i>davon:</i>						
- Handelsbilanz (Güter und Dienstleistungen)		2,0	2,2	2,2	2,4	2,6
- Einkommen und Transfers		-1,7	-1,7	-1,7	-1,9	-2,0
- Kapitalbilanz		0,4	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5
- Vermögensübertragungen		-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Nettoverschuldung des privaten Sektors	B.9/EDP B.9	2,0	2,4	2,1	1,3	0,6
<i>davon:</i>						
2a. Private Haushalte		4,0	-	-	-	-
2b. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		-3,2	-	-	-	-
3. Nettoverschuldung des Staates	B.9	-1,0	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
4. Statistische Differenz		-0,7	0,0	0,0	0,0	0,0

Quelle: Österreichische Nationalbank, Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

3. Wirtschaftspolitik bis zum Jahr 2008

3.1. Wirtschaftspolitische Strategie, Budgetpolitik und mittelfristiges Ziel für den Budgetsaldo

Die Prioritäten der mittelfristigen Budgetpolitik der Bundesregierung bilden eine 3-Säulen-Strategie:

- Ausgeglichener Haushalt über den Konjunkturzyklus
- Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf unter 40% des BIP bis zum Jahr 2010
- Erhöhung des Wachstumspotenzials durch verstärkte Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur

Das gesamtstaatliche Defizit fiel 2004 mit 1,0% des BIP etwas geringer aus als in der Fortschreibung des Stabilitätsprogramms vom November 2004 erwartet. In den Jahren 2005 und 2006 werden aufgrund der Steuerreform bewusst temporär höhere Defizite in Kauf genommen, um die Kaufkraft der privaten Haushalte und das Investitionsumfeld für Unternehmen dauerhaft zu stärken.

Die Steuer- und Abgabenquote sinkt bis 2006 auf einen Wert von unter 41% des BIP. Damit scheint das Ziel einer Quote von unter 40% des BIP im Jahr 2010 gut abgesichert.

Die Maßnahmen zur Erhöhung der Mittel für Forschung und Entwicklung wurden bereits in der letzten Aktualisierung beschrieben. Der zusätzliche Mitteleinsatz dieser in den Jahren 2000 bis 2003 begonnenen Politikinitiative wird in den Jahren 2004 bis 2008 mehr als verdoppelt. Bereits 2005 erreicht die F&E-Quote 2,35% des BIP, bis zum Jahr 2010 soll eine Quote von 3,0% des BIP erreicht werden.

Im Bereich regionale Infrastruktur setzte die im August paktierte Regionale Beschäftigungs- und Wachstumsoffensive 2005/2006 Anreize für Unternehmen, in den jeweiligen Regionen zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Bereich Arbeitsmarkt brachte das am 28. September 2005 beschlossene Beschäftigungsförderungsgesetz zusätzlich 285 Mio. € für die aktive Arbeitsmarktpolitik, damit stehen in diesem Bereich 40% mehr Mittel zur Verfügung. Diese Mittel sollen eine Trendwende am Arbeitsmarkt herbeiführen und werden u. a. für folgende Maßnahmen eingesetzt:

- Qualifizierung im Bereich Pflege- und Gesundheitsberufe
- Jugendqualifizierungsprogramm *Jobs for You(th)*
- Bonus für zusätzliche Lehrstellen
- Kombilohn

Für eine detailliertere Beschreibung der Maßnahmen im Bereich Forschung, Bildung, Infrastruktur und Arbeitsmarkt wird auf das aktuelle Nationale Reformprogramm verwiesen.

3.2. Die öffentlichen Haushalte 2005

Der Vollzug des Budgets 2005 verläuft plangemäß. Vergleicht man die verschiedenen Einnahmen- und Ausgabenquoten und die absoluten Werte mit den Zahlen der letzten Fortschreibung ergeben sich für das Jahr 2005 kaum nennenswerte Abweichungen. Folgendes ist dabei zu berücksichtigen:

2004 fiel das nominelle BIP höher aus als in der letzten Fortschreibung erwartet. Entsprechend höher waren auch die öffentlichen Einnahmen und die Ausgaben. Da auch das reale Wachstum höher zu liegen kam, verbesserte sich der Budgetsaldo um 0,3 PP des BIP. Die höheren Werte im Jahr 2004 erzeugen einen Basiseffekt für das Folgejahr. Andererseits entwickelt sich das nominelle BIP im Jahr 2005 unter den Erwartungen. Für die Staatsquoten bedeutet dies, dass es nach einem beschleunigten Sinken der Einnahmen- und Ausgabenquoten im Jahr 2004 für die verbleibenden Jahre im ProgrammhORIZONT zu einer Verflachung der Dynamik kommt.

Betrachtet man die absoluten Werte, halten sich im Jahr 2005 höhere Einnahmen bei direkten Steuern (bessere Entwicklung der Steuern auf Unternehmensgewinne) und höhere Ausgaben (höhere Personalausgaben im Bereich Bildung und Sicherheit, höhere Kosten der Bereitstellung öffentlicher Güter aufgrund des höheren Preisniveaus, Mehrausgaben im Bereich Arbeitsmarkt) bisher weitgehend die Waage.

Von der konjunkturellen Entwicklung unbenommen, setzt der Haushalt 2005 in Verfolgung der Ziele der österreichischen Wirtschaftspolitik folgende Schwerpunkte:

Die Entwicklung der Einnahmenseite ist von der Umsetzung der Steuerreform 2004/2005 geprägt. Die Maßnahmen der ersten Etappe von 2004 schlagen 2005 mit rund 300 Mio. € an Mindereinnahmen zu Buche. Aus der zweiten Etappe ergeben sich 2005 weitere Mindereinnahmen in der Höhe von rund 1,8 Mrd. €. Zusammen mit der Senkung der Lohnnebenkosten ergibt sich eine Senkung der Steuern und Abgaben um 2,2 Mrd. €.

Auf der Ausgabenseite stehen die Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und der strukturellen Verbesserung des Arbeitsmarktes im Mittelpunkt. Die Maßnahmen der beiden Konjunkturpakete sowie des Wachstums- und Standortpakets bewirken 2005 Mehrausgaben von rund 1,3 Mrd. € gegenüber einem Szenario ohne Maßnahmen. Dazu kommen 250 Mio. € zusätzliche Mittel für die F&E-Förderung (F&E-Offensiven II & III, Forschungsprämie für Auftragsforschung). Die Budgetpolitik schafft damit die Voraussetzungen für die Erreichung einer F&E-Quote von 3% des BIP bis zum Jahr 2010.

Mehr Mittel aus dem Bundesbudget stehen 2005 für folgende Bereiche zur Verfügung (Mehrausgaben in Mio. € im Vergleich mit dem Bundesrechnungsabschluss 2004):

- Innere Sicherheit & Justiz: +110
- Landesverteidigung und außenpolitische Beziehungen: +50
- Kyoto-Maßnahmen: +30
- Sozialbereich (Anhebung der Pflegegeldbeträge ab 1. 1. 2005 um 2 %): +170
- Familientransfers: +140

Geringer als erwartet entwickeln sich die Ausgaben in den Bereichen Finanzverwaltung und Pensionen. Die Verwaltungsreform, die im Bereich der Bundesverwaltung im Zeitraum 2000 bis 2006 rund 7,4 Mrd. € an Einsparungen bringt, wird weiter umgesetzt (siehe auch Kapitel 5).

Insgesamt steigen die Ausgaben im Jahr 2005 um etwas unter 3% während beim nominellen BIP-Wachstum von zumindest 3,5% ausgegangen werden kann. Die Ausgabenquote, die 2004 zum ersten Mal seit 1980 unter der Marke von 50 % des BIP lag, sinkt daher im Jahr 2005 weiter auf 49,5% des BIP (siehe Tabelle 2). Das Maastricht-Defizit des Bundes wird 2005 voraussichtlich 2,4% des BIP betragen (dieser Wert berücksichtigt bereits die Ausgaben für Hochwasserhilfe), für den Gesamtstaat werden 1,9% des BIP angestrebt. Dies entspricht auch dem in der letzten Fortschreibung anvisierten Wert (siehe auch Kapitel 4).

3.3. Die öffentlichen Haushalte 2006 bis 2008

Einnahmenseitig ist das Budget 2006 ebenfalls noch durch die Steuerreform 2004/2005 geprägt. Tatsächlich fällt der Großteil der Mindereinnahmen in dieses Jahr (siehe Tabelle 2A). Die erste Etappe schlägt 2006 mit rund 500 Mio. € an Mindereinnahmen zu Buche, dieser Wert gilt ab 2006 auf Dauer. Aus der zweiten Etappe ergeben sich 2006 Mindereinnahmen in der Höhe von rund 3,1 Mrd. €. Hier wirkt sich aus, dass die Senkung des KöSt-Satzes auf 25% verzögert im Jahr 2006 die Einnahmen überdurchschnittlich senkt. Zusammen mit der Senkung der Lohnnebenkosten ab dem Jahr 2004 ergibt sich im Jahr 2006 eine Senkung der Steuern- und Abgaben um 3,7 Mrd. € (1,5% des BIP) im Vergleich zum Szenario ohne Steuerreform.

Abgesehen von der Steuerreform wird gegenüber dem Jahr 2005 mit geringeren Dividenden (minus 100 Mio. €) und mit geringeren Erlösen aus Kapitalbeteiligungen (minus 350 Mio. €) gerechnet.

Auf der Ausgabenseite wirken auch 2006 die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts und der strukturellen Verbesserung des Arbeitsmarktes fort. Die Maßnahmen der beiden Konjunkturpakete sowie des Wachstums- und Standortpakets bedeuten 2006 Mehrausgaben von rund 0,9 Mrd. € gegenüber einem Szenario ohne Maßnahmen. Dazu kommen 320 Mio. € zusätzliche Mittel für die F&E-Förderung (F&E-Offensiven II & III, Forschungsprämie für Auftragsforschung), das sind 30% mehr Mittel als 2005. Mehr als 400 Mio. € werden im Jahr 2006 für gezielte (befristete) Wachstums- und Beschäftigungsinitiativen im Bereich Arbeitsmarkt eingesetzt (siehe Tabelle 2A).

Das Bundesbudget 2006 setzt darüber hinaus folgende Schwerpunkte (Mehrausgaben in Mio. € im Vergleich mit BVA 2005):

- EU-Präsidentschaft: +25
- Kyoto-Maßnahmen: +30
- Bildung und Kultur: +62
- Pflegegeld: +12,6
- Dotierung internationaler Fond für Katastrophenhilfe: +100

Geringere Ausgaben ergeben sich 2006 durch das Auslaufen der Investitionszuwachsprämie (minus 600 Mio. €). Außerdem liegen die Einsparungen im Bereich der Finanzverwaltung über dem Plan, was für 2006 zumindest einen positiven Basiseffekt mit sich bringen sollte. Bis Ende 2004 waren allein in der Verwaltung des Bundes rund 13.000 Stellen (Vollbeschäftigtenäquivalente) eingespart worden. Am 15. November 2005 wurden im Rahmen der Verwaltungsreform II Einsparungsziele für alle Gebietskörperschaften in der Größenordnung von rund 1,9 Mrd. € bis zum Jahr 2010 vereinbart. Dies inkludiert einen Stellenabbau von 15.667 Vollbeschäftigtenäquivalenten (siehe auch Kapitel 5). Die BIP-Quote der Kollektivausgaben (siehe Tabelle 2) wird dadurch nachhaltig gesenkt und der Anteil der Ausgaben für allgemeine Verwaltung an den Gesamtausgaben sinkt weiter (Tabelle 3).

2007 fallen temporäre, das Defizit erhöhende Maßnahmen von rund 1 Mrd. € gegenüber 2006 weg. Die permanente Entlastung durch die Steuerreform, durch die dauerhaften Maßnahmen der Konjunkturpakete I & II sowie der Lohnnebenkostensenkung beträgt ab 2007 rund 4,4 Mrd. € pro Jahr (Tabelle 2A).

Ohne diese Maßnahmen hätte Österreich seit 2001 durchgehend einen nahezu ausgeglichenen Haushalt aufgewiesen.

Diese Betrachtung gilt noch mehr in zyklisch bereinigter Darstellung. Die Tatsache, dass sich die von der EK berechnete Outputlücke in den Jahren 2005 und 2006 weiter öffnet, bestätigt nachträglich, dass diese Konjunkturmaßnahmen gerechtfertigt waren. Ein schärferer Einbruch des Wachstums mit langfristigen Folgen für Wachstum und Beschäftigung konnte somit abgewendet werden. Berechnungen des WIFO und des BMF ergeben, dass ohne wachstumspolitische Maßnahmen das reale BIP im Jahr 2006 bis zu 1,4 PP (oder 3,4 Mrd. €) niedriger sein könnte, der kumulierte Beschäftigungseffekt wird auf 63.000 Arbeitsplätze im Zeitraum 2002 bis 2006 geschätzt.

Tabelle 2A: Budgetäre Wirkungen der Konjunkturpakete und Steuerreformen

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
in Mio. €							
Konjunkturbelebungsapakete I & II (2001/2002)	81	849	992	864	714	614	614
Wachstums- und Standortpaket (2003)			105	470	150	150	150
Einfuhrumsatzsteuerreform (2003/2004)		250					
Steuerreform 2004			29	293	483	483	483
Steuerreform 2005			200	1.765	3.083	2.558	2.558
Senkung der Lohnnebenkosten			153	153	153	153	153
F&E-Offensive I	148	94	162				
F&E-Offensive II			180	200	220	220	220
F&E-Offensive III (Mai 2005)				50	75	100	150
Forschungsprämie für Auftragsforschung (Mai 2005)					25	50	50
Lehrlingsoffensive (Blum-Bonus, Mai 2005)				5	15	15	15
Breitbandförderung (Mai 2005)				10			
Regionale Beschäftigungs- und Wachstums-offensive (August 2005)					185		
Beschäftigungsförderungsoffensive (September 2005)					228	57	
Insgesamt	229	1.193	1.821	3.810	5.330	4.400	4.393
<i>in % des BIP</i>	<i>0,1</i>	<i>0,5</i>	<i>0,8</i>	<i>1,6</i>	<i>2,1</i>	<i>1,7</i>	<i>1,6</i>
Budgetsaldo in % des BIP	-0,4	-1,2	-1,0	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
Budgetsaldo ohne Konjunkturpakete etc.	-0,3	-0,7	-0,2	-0,3	0,4	0,9	1,6

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Tabelle 2. Budgetäre Entwicklungen 2004 bis 2008

		2004	2004	2005	2006	2007	2008
	ESVG95 Klassifikation	Niveau	in % des BIP				
	EDP B.9	Nettokreditaufnahme nach Subsektoren					
1. Öffentlicher Sektor insgesamt	S.13	-2,3	-1,0	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
2. Bundessektor	S.1311	-3,3	-1,4	-2,4	-2,2	-1,4	-0,8
3. Länder (ohne Wien)	S.1312	0,7	0,3	0,4	0,4	0,6	0,6
4. Gemeinden (mit Wien)	S.1313	0,4	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2
5. Sozialversicherungsträger	S.1314	-0,1	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	0,0
Öffentlicher Sektor insgesamt							
6. Gesamteinnahmen	harmonisiert	115,7	48,8	47,6	46,9	46,8	46,7
7. Gesamtausgaben	harmonisiert	118,0	49,8	49,5	48,5	47,6	46,7
8. Budgetsaldo (6-7)	EDP B.9	-2,3	-1,0	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
9. Tatsächlich geleistete Zinsausgaben	EDP D.41 incl. FISIM	7,3	3,1	3,0	2,9	2,8	2,7
<i>p.m.: 9a. FISIM</i>		0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
10. Primärsaldo		5,0	2,1	1,1	1,2	2,0	2,7
Einnahmen							
11. Steuern (11=11a+11b+11c)		66,1	27,9	27,1	26,3	26,1	26,0
<i>11a. Produktions- und Importabgaben</i>	D.2	34,3	14,5	14,3	14,1	14,0	13,9
<i>11b. Einkommen- und Vermögenssteuern</i>	D.5	31,6	13,3	12,8	12,2	12,1	12,0
<i>11c. Vermögenstransfers</i>	D.91	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
12. Sozialbeiträge	D.61	38,1	16,1	16,0	15,9	15,8	15,8
13. Vermögenseinkommen	D.4	3,2	1,4	1,2	1,2	1,3	1,4
14. Sonstige		8,3	3,5	3,5	3,5	3,6	3,7
15=6. Gesamteinnahmen	harmonisiert	115,7	48,8	47,6	46,9	46,8	46,7
Ausgaben							
16. Kollektivverbrauch	P.32	16,5	6,9	6,9	6,8	6,6	6,5
17. Sozialleistungen	D.62 + D.63	71,3	30,0	30,0	29,7	29,5	29,2
17a. Sachleistungen	P.31=D.63	26,0	10,9	10,9	10,8	10,7	10,6
17b. Monetäre Sozialleistungen	D.62	45,4	19,1	19,1	18,9	18,8	18,6
18.= 9.		7,3	3,1	3,0	2,9	2,8	2,7
19. Subventionen	D.3	6,9	2,9	2,8	2,7	2,6	2,6
20. Bruttoanlageinvestitionen	P.51	2,5	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0
21. Sonstige		13,7	5,8	5,9	5,4	5,1	4,8
22=7. Gesamtausgaben	harmonisiert	118,0	49,8	49,5	48,5	47,6	46,7

Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

3.4. Entwicklung der Struktur der öffentlichen Ausgaben

Die Zielsetzungen der österreichischen Wirtschaftspolitik schlagen sich auch in der Entwicklung der Struktur der öffentlichen Ausgaben nieder. Da diese Form der Darstellung der öffentlichen Ausgaben eine Neuerung im Rahmen der Erstellung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme darstellt, wurde auch die Gliederung des Jahres 1998 in die Tabelle aufgenommen. In einem 10-Jahres-Vergleich werden die Strukturreformen auf der Ausgabenseite noch besser sichtbar. 1998 betragen die Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung und den Zinsendienst noch 17,4 Mrd. € (das entspricht einem Anteil von 17% an den gesamten öffentlichen Ausgaben). Bis zum Jahr 2003 reduzierte sich dieser Wert auf 16,9 Mrd. €. Bis zum Jahr 2008 sinken diese Ausgaben dann auf einen Wert von 15,7 Mrd. €. Der Anteil der Ausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung und die Zinsen für die Staatsschuld an den Gesamtausgaben liegen damit rund 5 Prozentpunkte unter dem Anteil des Jahres 1998. Dies veranschaulicht klar die Strukturreformen auf der Ausgabenseite in diesem Zeitraum, die im Rahmen der Verwaltungsreformen I & II und der Pensionsreformen umgesetzt werden (siehe auch Kapitel 5).

Relativ an Bedeutung gewinnen jene Ausgaben, die zur Steigerung des Potenzialwachstums der österreichischen Volkswirtschaft beitragen (F&E, Bildung). Dazu kommen Mehrausgaben im Bereich Umwelt (Kyoto-Maßnahmen). Die Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten sollten im Jahr 2008 aufgrund der Stellung im Konjunkturzyklus relativ zu anderen Ausgabenkategorien deutlich schwächer ausfallen. Ähnliches gilt für die Sozialausgaben, wo auch dämpfende Effekte der Pensionsreformen im Zeitraum 2003 bis 2008 zum Tragen kommen (siehe auch Tabelle 7).

Tabelle 3. Funktionelle Gliederung der öffentlichen Ausgaben

in Mrd. €	COFOG Klassifikation	1998	2003	2008 ¹⁾
1. Allgemeine öffentliche Verwaltung	1	17,4	16,9	15,7
2. Verteidigung	2	1,8	2,0	2,2
3. Öffentliche Ordnung und Sicherheit	3	2,9	3,2	3,8
4. Wirtschaftliche Angelegenheiten	4	9,0	11,7	13,0
5. Umweltschutz	5	0,7	0,9	1,2
6. Wohnungswesen	6	1,9	1,6	1,8
7. Gesundheit ²⁾	7	14,9	14,9	18,1
8. Freizeit, Sport, Kultur, Religion	8	2,1	2,2	2,5
9. Bildung	9	11,3	13,1	16,1
10. Soziales	10	40,8	48,4	54,1
11. Gesamtausgaben (in Mrd. €)		102,6	114,9	128,4

1) Schätzung

2) Strukturbruch im Jahr 2001; Werte zwischen 1998 und 2003 daher nicht direkt vergleichbar.

Quelle: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen

3.5. Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote

Der in Tabelle 4 dargestellte Pfad der Schuldenentwicklung stellt eine vorsichtige Einschätzung dar. Mögliche Privatisierungserlöse in den Jahren 2007 und 2008 wurden nicht berücksichtigt. Der implizite Zinssatz auf die Staatsschuld nähert sich weiter dem langfristigen Zinsniveau an. Mit 31. Dezember 2004 betrug die Verschuldung des Gesamtstaates 150,767 Mrd. € (63,6% des BIP). Die Schuldenquote unterschreitet im Jahr 2008 zum ersten Mal seit 1992 wieder den Referenzwert von 60% des BIP.

Tabelle 4. Entwicklung der öffentlichen Schulden 2004 bis 2008

in % des BIP	2004	2005	2006	2007	2008
1. Bruttoverschuldung Gesamtstaat	63,6	63,4	63,1	61,6	59,5
2. Veränderung der Schuldenquote	-0,8	-0,2	-0,3	-1,5	-2,1
Beiträge zur Veränderung der Schuldenquote					
3. Primärsaldo	-2,1	-1,1	-1,2	-2,0	-2,7
4. Tatsächlich geleistete Zinszahlungen	3,1	3,0	2,9	2,8	2,7
5. Stock-Flow Adjustment	1,0	0,1	0,2	0,2	0,2
p.m. implizite Verzinsung der Staatsschuld	4,9	4,8	4,7	4,5	4,5

Quelle: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen

3.6. Konjunkturelle Entwicklung und Budgetsaldo 2004 bis 2008

Zyklisch bereinigt steigt das Defizit temporär auf 1,5% des BIP im Jahr 2005 und 1,3% des BIP im Jahr 2006. 2008 wird dann auch in zyklisch bereinigter Darstellung wieder ein ausgeglichener Haushalt erreicht (Tabelle 5). Ohne die Konjunkturpakete I & II, das Wachstums- und Standortpaket 2003 und die Steuerreform 2004/2005 wären bereits ab 2006 Überschüsse erzielt worden, die bis 2008 auf 1,6% des BIP ansteigen würden (Tabelle 2A). Da die budgetären Effekte der Steuerreform hauptsächlich in den Jahren 2005 und 2006 anfallen, während sich die strukturellen Einsparungen auf alle Jahre des Programmhorizonts verteilen, ist in diesen beiden Jahren das Defizit temporär höher. Ab dem Jahr 2007 fallen Sondereffekte in der Höhe von rund 0,4 PP des BIP weg, womit sich die Rückführung des strukturellen Defizits entsprechend beschleunigt.

Die oben erwähnten angebotsseitigen Maßnahmen und die strukturellen Einsparungen auf der Ausgabenseite haben das Ziel, über eine effizientere Allokation von knappen Ressourcen und ein gestärktes Innovationssystem das langfristige Potenzialwachstum Österreichs zu erhöhen.

Tabelle 5. Konjunkturelle Entwicklung und Budgetsalden 2004 bis 2008

in % des BIP	ESVG Klassifikation	2004	2005	2006	2007	2008
1. Reales BIP (%)		2,4	1,7	1,8	2,4	2,5
2. Budgetsaldo	EDP B.9	-1,0	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
3. Tatsächlich geleistete Zinszahlungen	EDPD.41 +FISIM	3,1	3,0	2,9	2,8	2,7
4. Potenzialwachstum laut EK (%)		1,9	2,0	1,9	2,0	2,1
<i>Komponenten:</i>						
- Arbeit		0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
- Kapital		0,8	0,7	0,7	0,7	0,8
- Gesamtfaktorproduktivität		1,0	1,0	1,0	1,1	1,1
5. Outputlücke		-0,5	-0,7	-0,9	-0,5	-0,1
6. Zyklische Budgetkomponente		-0,2	-0,4	-0,4	-0,2	-0,0
7. Zyklisch bereinigter Budgetsaldo		-0,8	-1,5	-1,3	-0,5	0,0
8. Zyklisch bereinigter Primärsaldo		2,3	1,5	1,6	2,3	2,7

Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

4. Sensitivitätsanalyse und Vergleich mit der letzten Fortschreibung

Nachdem das Wachstum im Jahr 2004 die Erwartungen übertroffen hatte und 2005 der Ölpreisschock eine Delle in der Konjunktur verursacht hat, stellt sich der Wachstumsverlauf gegenüber der letzten Fortschreibung anders dar. Im Basisszenario dieser Fortschreibung liegt das reale BIP sowohl im Jahr 2007 als auch im Jahr 2008 um 0,8% unter den entsprechenden Werten in der Fortschreibung vom November 2004.

4.1. Abweichungen gegenüber der letzten Fortschreibung

Tabelle 6 zeigt, dass im Jahr 2004 ein höheres Wachstum und ein entsprechend geringerer Budgetsaldo erzielt werden konnte. In den Jahren 2005 und 2006 zeichnet sich ein etwas schwächeres Wachstum ab. Trotzdem können die Defizitziele aus heutiger Sicht eingehalten werden. Die Verschlechterung des zyklisch bereinigten Budgetsaldo aufgrund der Steuerreform fällt daher geringer aus und die Rückführung zum mittelfristigen Ziel eines ausgeglichenen Haushalts erfolgt rascher als in der letzten Fortschreibung vorgesehen.

Tabelle 6. Vergleich mit der Fortschreibung 2004

	ESVG Klassifikation	2004	2005	2006	2007	2008
Reales BIP (%)						
SP 2004		1,9	2,5	2,5	2,2	2,4
SP 2005		2,4	1,7	1,8	2,4	2,5
<i>Unterschied¹⁾</i>		<i>0,5</i>	<i>-0,8</i>	<i>-0,7</i>	<i>0,2</i>	<i>0,1</i>
Budgetsaldo (in % des BIP)						
	EDP B.9					
SP 2004		-1,3	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
SP 2005		-1,0	-1,9	-1,7	-0,8	0,0
<i>Unterschied¹⁾</i>		<i>0,3</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>
Staatsschuldenquote (in % des BIP)						
SP 2004		64,2	63,6	63,1	61,6	59,1
SP 2005		63,6	63,4	63,1	61,6	59,5
<i>Unterschied²⁾</i>		<i>-0,6</i>	<i>-0,2</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,4</i>

1) ein positives Vorzeichen bedeutet eine Verbesserung des Wertes

2) ein positives Vorzeichen bedeutet eine Verschlechterung des Wertes

Quelle: Statistik Austria, WIFO, Bundesministerium für Finanzen

Die Abweichung in der Schuldenentwicklung ergibt sich vor allem aus der stärkeren Berücksichtigung möglicher Stock-Flow-Anpassungen, ohne die im Jahr 2008 wieder ungefähr jener Wert erreicht würde, der in der letzten Fortschreibung ausgewiesen wurde.

4.2. Sensitivität des Basisszenarios bezüglich exogener Schocks

Laut *Code of Conduct* (Vereinbarung bezüglich des Formates und der Inhalte der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme) sollen die Mitgliedstaaten eine Quantifizierung der ökonomischen Risiken in ihren Programmen vornehmen. Konkret wird das Zinsrisiko erwähnt. Darüber hinaus soll die Abhängigkeit der makroökonomischen und fiskalpolitischen Vorausschau bezüglich jener Variablen quantifiziert werden, die sich stark von den gemeinsamen Annahmen zur außenwirtschaftlichen Entwicklungen unterscheiden. Vor diesem Hintergrund wurden die Auswirkungen von verschiedenen exogenen Wachstums- und Preisschocks auf das makroökonomische Szenario und den Budgetsaldo untersucht.

Tabelle 6A. Wirtschaftswachstum und öffentliche Haushalte in 3 Szenarien

	2004	2005	2006	2007	2008
Szenario 1 - Permanenter Ölpreisschock und niedriges Wachstum Weltwirtschaft					
BIP, nominell, in Mrd. €	237,0	246,20	255,40	265,30	274,90
BIP, real, Veränderung in %	2,4	1,74	1,21	1,95	2,06
Wachstumsdifferenz		0,06	-0,58	-0,42	-0,41
Budgetsaldo in % des BIP	-1,0	-1,90	-1,90	-1,14	-0,64
Budgetsaldo in Mrd. €		-4,60	-5,00	-3,00	-1,80
Schulden in Mrd. €	150,8	155,61	161,08	164,61	166,87
Schuldenquote in % des BIP	63,6	63,22	63,06	62,06	60,69
Szenario 2 - Niedriges Wachstum Weltwirtschaft, niedriges Zinsniveau					
BIP, nominell, in Mrd. €	237,0	244,80	252,80	261,90	271,10
BIP, real, Veränderung in %	2,4	1,47	1,41	2,00	2,12
Wachstumsdifferenz		-0,20	-0,40	-0,37	-0,36
Budgetsaldo in % des BIP	-1,0	-2,00	-2,00	-1,15	-0,62
Budgetsaldo in Mrd. €		-4,90	-5,00	-3,00	-1,70
Schulden in Mrd. €	150,8	155,90	161,40	164,92	167,10
Schuldenquote in % des BIP	63,6	63,68	63,85	62,98	61,63
Szenario 3 - Hohes Wachstum Weltwirtschaft, hohes Zinsniveau					
BIP, nominell, in Mrd. €	237,0	245,80	255,80	267,00	278,70
BIP, real, Veränderung in %	2,4	1,89	2,18	2,74	2,84
Wachstumsdifferenz		0,20	0,40	0,38	0,37
Budgetsaldo in % des BIP	-1,0	-1,80	-1,40	-0,24	0,63
Budgetsaldo in Mrd. €		-4,40	-3,60	-0,60	1,80
Schulden in Mrd. €	150,8	155,44	159,57	160,72	159,46
Schuldenquote in % des BIP	63,6	63,23	62,38	60,19	57,22

Quelle: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen

In Szenario 1 in Tabelle 6A wird eine drastische Verteuerung der Importe, wie sie bei einem Ölpreisschock auftritt, simuliert. Diese führt auch auf den österreichischen Exportmärkten zu einem entsprechenden Anstieg des Preisniveaus und zu einer dauerhaften Wachstumsverlangsamung. Die Modellsimulation ergibt folgendes Bild. Im ersten Jahr kommt es über einen höheren Wachstumsbeitrag der Nettoexporte sogar zu einem leichten Wachstumsimpuls (0,06 PP des BIP). Im zweiten Jahr wirken sich dann die geringeren Investitionsausgaben und der gedämpfte private Konsum aus und das reale BIP-Wachstum sinkt um fast 0,6 PP gegenüber dem Basisszenario. In diesem *worst case* Szenario einer permanent reduzierten internationalen Wachstumsdynamik würde der Haushalt im Jahr 2008 nominell nicht ausgeglichen werden.

Das kurzfristig größte Risiko stellt ein Einbruch der Nachfrage nach österreichischen Waren und Dienstleistungen auf den Exportmärkten dar, auch unter der Annahme, dass die Geldpolitik gegensteuert (Szenario 2). Durch die fehlenden Preiseffekte kann hier kein Wettbewerbsvorteil ausgespielt werden. Andererseits könnte eine bessere Entwicklung des Weltwirtschaftswachstums dazu führen, dass bereits 2007 ein annähernd ausgeglichener Haushalt erreicht wird und 2008 bereits ein Budgetüberschuss ausgewiesen werden kann (Szenario 3).

Die österreichische Volkswirtschaft zeichnete sich auch schon in den vergangenen Jahren durch ein relativ geringes Zinsrisiko aus. Konkret kosten 100 Basispunkte bei den langfristigen Zinsen rund 0,1 PP reales BIP-Wachstum im Jahr des Zinsschocks. Wesentlich wichtigere Parameter für die österreichische Volkswirtschaft sind das Wachstum der relevanten Exportmärkte sowie Veränderungen in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Letztere hängt im wesentlichen von 3 Faktoren ab, nämlich der preislichen Entwicklung der Importe, dem Preissetzungsverhalten im Inland, sowie der Entwicklung des Preisniveaus auf den österreichischen Exportmärkten. Die Bedeutung dieser exogenen Faktoren nimmt mit dem Grad der Offenheit der österreichischen Volkswirtschaft weiter zu. Dieser Offenheitsgrad (gemessen als Summe von Exporten und Importen in % des BIP) stieg von Werten unter 70 in den Jahren vor dem europäischen Binnenmarkt auf knapp unter 100 im Jahr 2004. Im Jahr 2008 wird der Wert bei rund 105 gesehen.

5. Qualität der öffentlichen Finanzen

An dieser Stelle wurden in der letzten Fortschreibung 3 langfristige Reformprojekte vorgestellt, die dazu beitragen die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern und eine Verschiebung der Ausgabenstruktur von vergangenheitsorientierten Ausgaben weg zu zukunftsorientierten Ausgaben hin zu ermöglichen. Im folgenden werden die Fortschritte im Rahmen dieser Reformprojekte dokumentiert. In der Reihenfolge der letzten Fortschreibung handelt es sich dabei um die Gesundheitsreform 2005, die Verwaltungsreform II und die Pensionsreformen. Neu hinzu kommt die Reform des Bundeshaushaltsrechts im Zusammenhang mit der Einführung eines mittelfristigen (vierjährigen) Finanzrahmens ab dem Jahr 2007.

5.1. Gesundheitsreform 2005

Folgende Maßnahmen sind für die Jahre 2005 bis 2008 im Rahmen der Gesundheitsreform 2005 vorgesehen:

- Einrichtung einer Bundesgesundheitsagentur und von 9 Landesgesundheitsfonds als Instrumente einer gemeinsamen Planung und Steuerung sowie abgestimmter Finanzierung des gesamten Gesundheitswesens. In den genannten Institutionen sind die wesentlichen Akteure und Finanziere des österreichischen Gesundheitswesens vertreten.
- Festlegung des *Österreichischen Strukturplanes Gesundheit* in Form einer Leistungsangebotsplanung als Rahmenplanung.
- Durchführung gemeinsamer Modellversuche zur integrierten Planung, Umsetzung und Finanzierung der fachärztlichen Versorgung im Bereich der Spitalambulanzen und des niedergelassenen Bereichs.

Zur Kostendämpfung und Effizienzsteigerung, bzw. Steuerung im Gesundheitswesen im Ausmaß von 300 Mio. € werden folgende Maßnahmen gesetzt:

- Senkung von Verwaltungskosten und nicht patientenbezogener Ausgaben
- Einsatz neuer Organisationsformen in Krankenanstalten wie Tages-, Wochenkliniken und andere vergleichbare Formen der Leistungserbringung
- bessere Abstimmung zwischen einzelnen Krankenanstalten sowie dem niedergelassenen Bereich zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten
- Verbesserung der regionalen Gleichmäßigkeit der Versorgung im niedergelassenen Bereich

Die Finanzierung der zusätzlich bereitgestellten 300 Mio. € für das Gesundheitswesen erfolgt durch folgende Maßnahmen:

- Anhebung der Tabaksteuer um 0,18 € pro Packung und Zweckwidmung dieser Mehreinnahmen für das Gesundheitswesen
- Anhebung des Krankenversicherungsbeitrages um 0,1 PP
- Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage um 90 €
- Reduzierung der Leistungen der sozialen Krankenversicherung für Sehbehelfe

5.2. Verwaltungsreform II

Wesentlicher Bestandteil des Paktums im Rahmen des aktuellen Finanzausgleichs war die Einrichtung einer Arbeitsgruppe auf höchster politischer Ebene, die aufbauend auf den Arbeiten des Österreich Konvents Maßnahmen für eine weiterführende Verwaltungsreform erarbeiten sollte. Damit soll ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen und zur Erreichung eines gesamtstaatlich ausgeglichenen Haushalts geleistet werden. Diese Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Bundes, der Länder, Städte und Gemeinden, wurde im März 2005 eingesetzt. Am 15. November 2005 einigten sich die Vertreter der Gebietskörperschaften auf die Umsetzung folgender Verwaltungsreformmaßnahmen:

- Einbremsen der Kostendynamik in allen Gebietskörperschaften durch Festlegung von konkreten Einsparzielen. Im Zeitraum Juli 2005 bis einschließlich 2010 sollen Einsparungen in der Höhe von 1,886 Mrd. € erzielt werden. Diese inkludieren einen Personalabbau im Ausmaß von 15.667 Vollbeschäftigungsäquivalenten (VBÄ). Die Ziele teilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Gebietskörperschaften auf:

Bund: 700 Mio. €, 6.240 VBÄ

Länder: 844 Mio. €, 5.670 VBÄ

Städte und Gemeinden: 342 Mio. €, 3.757 VBÄ

- Maßnahmen zur Optimierung der Schulverwaltung mit dem Ziel der Qualitätssteigerung im Bildungsbereich. Diese zielen unter anderem auf mehr Flexibilität bei der Festlegung von Standorten und Einzugsbereichen von Schulen und eine Zusammenführung der administrativen Leitung von Kleinschulen mit dem Ziel der Erhaltung von Kleinschulstandorten insbesondere im ländlichen Raum ab. Die Verwaltungsstruktur soll deutlich vereinfacht werden.
- Maßnahmen zur Einsparung von Verwaltungsausgaben im Gesundheitsbereich und Bremsen der Kostendynamik im Spitalswesen (u. a.: Schaffung von gemeinsamen Einkaufskompetenzzentren; Forcierung einheitlicher IT-Lösungen).
- Standardisierung von Personaldaten der Gebietskörperschaften als Basis einer effektiven Personalsteuerung und eines - auch internationalen – Benchmarkingprozesses.
- Verwaltungspartnerschaften: Schaffung von Synergien durch den Ausbau von Verwaltungspartnerschaften und verstärkte Kooperation zwischen Ländern, Städten und Gemeinden.
- E-Government: gemeinsame Vorgangsweise mit den Zielen Verbesserung der Zusammenarbeit und der Kooperation der Gebietskörperschaften im Bereich E-Government und damit eine Forcierung bürgerfreundlicher Verwaltungslösungen und Hebung von Verwaltungssynergien
- Wasserrechtsnovelle: Maßnahmen zur Verwaltungsentlastung, um in weiterer Folge die dadurch freiwerdenden Personal- und Sachressourcen vor allem im erstinstanzlichen Bereich für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie heranziehen zu können.
- Beschaffungswesen: Erzielen von Synergien durch die Möglichkeit des Tätigwerdens der Bundesbeschaffung GmbH auch für Unternehmen im Eigentum von Bundesländern und Gemeinden.

5.3. Pensionsreformen

Die Maßnahmen der Pensionsreform 2003 bringen bereits kurz- und mittelfristig spürbare Einsparungen in Bereich der gesetzlichen Pensionsversicherung. Dabei gibt es aber nicht nur Leistungsrücknahmen, sondern in bestimmten Bereichen auch Leistungsverbesserungen.

Am 1. Jänner 2005 trat im Zuge der Pensionsreform 2004 das Pensionsharmonisierungsgesetz in Kraft, im Zuge dessen ein einheitliches Pensionsrecht für alle Erwerbstätigen geschaffen wurde. Durch Umstellung auf ein persönliches Pensionskonto für alle soll für die Zukunft ein modernes und gerechtes Pensionssystem gesichert werden.

Diese Reform 2004 gilt:

- *nicht* für Versicherte über 50 Jahre. Hier kommt lediglich eine Modifizierung der Reform 2003 zum Tragen (Pensionskorridor, Schwerarbeit, Herabsetzung der Verlustbegrenzung von 10% auf kurzfristig 5% bei schrittweiser Anhebung um jährlich 0,25 PP auf 10% im Jahr 2024).
- für Versicherte, die jünger als 50 Jahre sind und bereits Versicherungszeiten erworben haben; die Leistungshöhe wird im Rahmen einer Parallelrechnung ermittelt.
- für Personen, die am 1. Jänner 2005 noch keine Versicherungszeiten erworben haben, hier gelten ausschließlich die nachfolgend beschriebenen Regelungen.

Die Reform umfasst folgende wesentliche Gesichtspunkte:

- Formel 45 / 65 / 80: Nach 45 Versicherungs-/Beitragsjahren soll im Alter von 65 Jahren eine Pension in der Höhe von 80% des Lebensdurchschnittseinkommens erreicht werden.
- Für jeden Versicherten wird ein transparentes Pensionskonto eingerichtet, auf dem seine eingezahlten und aufgewerteten Beiträge sowie seine erworbenen Leistungsansprüche ausgewiesen werden.
- Leistungsgarantie für die auf dem Pensionskonto ausgewiesenen Ansprüche.
- Die Aufwertung erworbener Ansprüche am Pensionskonto erfolgt mit der Entwicklung der durchschnittlichen jährlichen Beitragsgrundlagensteigerung.
- Einheitlicher Kontoprozentsatz von 1,78% pro Jahr.
- Bestehende Pensionen werden unter Berücksichtigung von befristeten Sonderbestimmungen für hohe Pensionen ab 2006 mit dem Verbraucherpreisindex angepasst.
- Als einheitlicher Beitragssatz gilt 22,8%. Für bäuerlich Versicherte und Selbstständige erfolgt eine Ausgleichsleistung durch den Bund.
- Es gilt für alle Versicherten eine einheitliche Höchst- und Mindestbeitragsgrundlage.
- Versicherungszeiten statt Ersatzzeiten: Alle Zeiten, die früher Ersatzzeiten waren, werden durch die Leistung von Beiträgen zu Versicherungszeiten. Beitragsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung sowie des Präsenz- und Zivildienstes bzw. der Hospizkarenz sind 1.350 €. Für Zeiten der Kindererziehung werden die Beiträge dieser Beitragsgrundlage aus den Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und der öffentlichen Hand bis zum Jahr 2009 zu gleichen Teilen, ab 2010 im Verhältnis 75 zu 25 getragen.
- Das Regelpensionsalter beträgt 65 Jahre. Ein Pensionsantritt kann in einem Korridor von 62 bis 68 erfolgen. Bis zum Alter von 68 Jahren kann ein Bonus erworben werden. Die

Abschläge bzw. der Bonus betragen 4,2% pro Jahr des vorzeitigen bzw. späteren Pensionsantritts.

- Nachhaltigkeitsfaktor: Um die Finanzierung langfristig zu sichern, wird ein Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt. Dieser basiert bis zum Jahr 2050 auf einem Sollpfad des Anstiegs der periodenbezogenen Lebenserwartung zum Alter 65 des mittleren Szenarios der Statistik Austria. In regelmäßigen Abständen wird eine Evaluierung stattfinden. Abweichungen von der „mittleren Prognose“ sollen sich zur Sicherung der Finanzierbarkeit automatisch mit gleicher finanzieller Auswirkung auf Beitragssatz, Steuerungsbeitrag, Antrittsalter, Pensionsanpassung und Bundesbeitrag niederschlagen.
- Schwerarbeit: An einer Regelung für Schwerarbeit wird derzeit unter Einbindung der Sozialpartner intensiv gearbeitet; diese soll am 1. Jänner 2007 in Kraft treten. Parallel dazu gibt es eigene Regelungen für Langzeitversicherte („Hackler“-Regelung).

Die Bundesregierung hat alle drei Jahre dem Parlament einen Bericht bezüglich der Entwicklung und Finanzierbarkeit des Systems vorzulegen und in ihren Empfehlungen die Einhaltung der Annahmen zur Erreichung des Leistungsziels (wie Entwicklung der Erwerbsquote und der Produktivität) zu berücksichtigen.

Zusammengenommen bewirken die Pensionsreformen der Jahre 2000, 2003 und 2004 gegenüber dem Szenario ohne Reformen Einsparungen in der Größenordnung von rund 11 Mrd. € im Zeitraum 2000-2006.

5.4. Haushaltsrechtsreform

Die Grundlagen für ein neues Haushaltsrecht wurden von einer Expertengruppe erarbeitet, die von den vier im Parlament vertretenen Parteien beschickt wurde. Fachliche Unterstützung wurde vom Bundesministerium für Finanzen, dem Rechnungshof sowie dem Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes geleistet.

Die Arbeit erfolgte auf Basis internationaler *best practice* Beispiele, den Empfehlungen des Internationalen Währungsfonds sowie der OECD. Ziel ist für den Bund ein international beispielgebendes Haushaltsrecht des 21. Jahrhunderts zu schaffen, das bewährte Instrumente aus anderen Ländern mit der österreichischen Verwaltungskultur verbindet.

In einem ersten Schritt wurde ein Entwurf für die verfassungsrechtlichen Grundlagen geschaffen und die haushaltsrechtlichen Zielbestimmungen (gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht, Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern) formuliert. Die Umsetzung der Haushaltsrechtsreform erfordert einfachgesetzliche Maßnahmen im Bundeshaushaltsrecht, die erst ausgearbeitet werden müssen.

Der vierjährige Finanzrahmen

Im Sinne der mittelfristigen Planbarkeit der Budgetausgaben soll ein vierjähriger Finanzrahmen eingerichtet werden. Er setzt auf der "Ausgabenseite" des Budgets an und erhöht die Vorhersehbarkeit des Budgets für alle Akteure nachhaltig. Seine jeweiligen Schwerpunktsetzung sind nicht in der Verfassung vorgegeben, sondern werden jeweils nach politischen Prioritäten festgelegt.

Der Finanzrahmen ist ein Bundesgesetz und kann somit per Gesetz abgeändert werden. Er soll jedes Jahr im Frühjahr um ein weiteres Jahr "vorgerollt" werden. Entsprechende verbindliche mittelfristige Ausgabenplanungen sind international *best practice*.

Die Gliederung des Finanzrahmens soll auf hoch aggregierter Ebene in Rubriken erfolgen, die Obergrenzen für einzelne Politikfelder abstecken. Derzeit sind folgende Rubriken vorgesehen:

1. Recht und Sicherheit
2. Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
3. Bildung, Forschung, Kunst und Kultur
4. Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt
5. Kassa und Zinsen

Diese Rubriken sollen weiter untergliedert werden, um die Ressorts abzubilden. Es wird zwischen fixen und variablen Obergrenzen unterschieden. Variable Obergrenzen gelten für jene Bereiche, die stark konjunkturabhängig sind (z.B. Arbeitsmarkt, Pensionen, FLAF). Der Finanzrahmen wird um die wesentlichsten Zusatzinformationen ergänzt die benötigt werden um die jeweils notwendigen budgetären Kennzahlen (wie etwa Budgetsaldo und Schuldenstand) abbilden zu können, die Einnahmenseite wird geschätzt.

Der Finanzrahmen soll mit 1. Jänner 2007 in Kraft treten.

Der zweite Schritt, der wesentlich zeitaufwändiger ist, soll die konkrete Implementierung von vier zentralen Grundsätzen der Haushaltsführung beinhalten.

1. *Wirkungsorientierung*: Die bereitgestellten Budgetmittel sollen mit konkreten Wirkungs- und Leistungszielen verknüpft werden. Damit werden die verfassungsrechtlichen Grundlagen für eine Abkehr von der bislang herrschenden reinen Inputorientierung gelegt. Es geht somit – wie dies international *best practice* ist – um eine konsequente Verknüpfung von Ergebnis- und

Ressourcenverantwortung unter Nutzung von Globalbudgets. Die entsprechende Leistungssteuerung wird von den jeweils zuständigen Fachressorts vorzunehmen sein.

2. *Transparenz*: Dieser Grundsatz inkludiert die Budgetklarheit, die Einheit und Vollständigkeit des Budgets, die klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten auf allen Ebenen des Budgetprozesses sowie zeitnahe Informationen über den Budgetvollzug. Der Grundsatz verlangt, dass die haushaltspolitischen Ziele klar erkennbar sind und die budgetären Umstände sowie die Ergebnisse der Haushaltsführung nachvollziehbar dargestellt werden.

3. *Effizienz*: Dieser zentrale Grundsatz bezieht sich auf alle Ebenen des Verwaltungshandelns, dabei steht primär der Einsatz der Budgetmittel (und inkludiert daher Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit) im Fokus. Ein wesentliches Instrument dabei wird eine erhöhte Flexibilität der Haushaltsleitenden Organe bei der Verfolgung ihrer Wirkungsziele sein. Die sehr positiven Erfahrungen mit der Flexibilisierungsklausel sollen in das neue Haushaltsrecht einfließen.

4. *Getreue Darstellung der finanziellen Lage des Bundes*: Dieser Grundsatz stellt Anforderungen an das Budgetierungs-, Verrechnungs- und Berichtssystem. Er enthält die Budgetwahrheit ebenso wie das Prinzip der Bruttobudgetierung. Mit der Verfassungsnovelle wird die Möglichkeit eröffnet in Hinkunft bei Budgetierung, Verrechnung & Reporting neben der Geldflusssicht der Kameralistik kaufmännische Prinzipien anzuwenden.

Die Grundsätze der Haushaltsführung sollen am 1.Jänner 2011 in Kraft treten.

Im Vollausbau kann mit einem langfristigen Einsparungseffekt von 5% der Ausgaben des Bundes gerechnet werden.

6. Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss wurde im Jahr 2002 vom ECOFIN beauftragt, auf Basis neuer Demografieprojektionen von EUROSTAT neue Pensions- und Gesundheitsprojektionen vorzulegen. Die wichtigsten Ergebnisse der neuen Pensionsprojektionen werden im folgenden dargestellt (jene für die Bereiche Gesundheit, Pflege und Bildung lagen zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Fortschreibung noch nicht vor).

Die gesamten öffentlichen Pensionsausgaben steigen von 14,3% des BIP im Jahr 2004 auf den Höchststand von 15,0% des BIP im Jahr 2032 und gehen dann auf 13,1% des BIP im Jahr 2050 zurück. Die öffentlichen Pensionsausgaben in der gesetzlichen Sozialversicherung steigen dabei von aktuell 10,5% des BIP auf den Höchstwert von 12,5 % des BIP im Jahr 2035. Der Anstieg basiert vor allem auf der höheren Anzahl der Pensionen insgesamt, er ist also vor allem auf die ungünstigere Demografie zurückzuführen.

Tabelle 7. Langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

in % des BIP	2005	2010	2020	2030	2050
Pensionsausgaben	14,2	13,7	13,7	15,0	13,1
<i>davon: gesetzliche Sozialversicherung</i>	10,5	10,3	10,7	12,2	11,9
<i>davon: Beamtenpensionen</i>	3,6	3,3	3,1	2,8	1,2
Alterspensionen	11,0	10,8	11,2	12,4	11,1
andere	2,2	1,9	1,6	1,3	0,9
Gesamteinnahmen Pensionssystem	8,9	9,0	9,0	8,9	8,7
<i>davon: gesetzliche Beiträge zur Pensionsversicherung</i>	8,2	8,3	8,2	8,0	7,9
	Annahmen ¹⁾				
Arbeitsproduktivität (%)	1,5	1,8	1,8	1,7	1,7
Reales BIP (%)	1,9	1,5	1,5	1,4	1,4
Erwerbsquote Männer (im Alter 15-64)	77,1	78,9	80,6	80,2	80,5
Erwerbsquote Frauen (im Alter 15-64)	63,9	67,8	70,7	70,9	71,8
Erwerbsquote gesamt (im Alter 15-64)	70,5	73,3	75,6	75,6	76,2
Arbeitslosenquote	3,9	3,4	3,4	3,4	3,4
Personen über 65 Jahre in % der Erwerbsbevölkerung	23,6	26,3	30,3	40,8	53,2

1) Aufgrund der modelltechnischen Annahmen im Rahmen der Langzeitprojektionen können die Werte im Jahr 2005 teils erheblich von den Werten der aktuellen Konjunkturprognosen abweichen.

Zur Entwicklung der Gesundheits-, Pflege- und Bildungsausgaben liegen noch keine endgültigen Berechnungen vor.

Quelle: BMSG, Bundesministerium für Finanzen

Deutlich dämpfend auf die Ausgabendynamik wirken die Pensionsreformen. Der Aufwand für Beamte (Bund, Länder, Gemeinden, SV) geht von einem Ausgangswert von 3,8% des BIP im Jahr 2004 stetig auf 1,2% des BIP im Jahr 2050 zurück. Gründe für diesen Rückgang sind die steigende Versicherung der öffentlich Bediensteten in der gesetzlichen Sozialversicherung und die Reduktion der künftigen Ersatzrate bei neu eintretenden Beamtenpensionisten. Die Einnahmen insgesamt bleiben bis rund 2020 etwa konstant bei 9% des BIP und fallen dann langsam auf 8,7% des BIP bis 2050. Laut diesen Projektionen ist die langfristige Nachhaltigkeit des Pensionssystems gesichert.

7. Horizontale Maßnahmen mit Einfluss auf die öffentlichen Finanzen

7.1. Kapitalmarkt

Die Stärkung der 2. und 3. Säule der Altersvorsorge, die Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen und die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Marktinfrastruktur haben dem Finanzplatz Wien wesentliche Impulse verliehen. Die Entwicklung des ATX, die seit 2001 deutlich besser verläuft als jene der wichtigsten internationalen Indizes, als auch die deutliche Steigerung von Umsatz und Marktkapitalisierung spiegeln den Erfolg dieser Maßnahmen wider (Abbildungen 8 und 9). Im Bereich des Kapitalmarktes liegt der Schwerpunkt für das kommende Jahr in der Umsetzung der Eigenkapitalregelungen für Banken ("Basel II") in nationales Recht. Flankierende Maßnahmen für den nichtfinanziellen Unternehmenssektor sollen dabei mögliche negative Auswirkungen geänderter Kapitalvorschriften gering halten. Zwecks Verbesserung der Eigenkapitalsituation der KMU soll das Modell der Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften an das EU-Beihilfenrecht angepasst werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist Good Governance. Eine Weiterentwicklung des Corporate Governance Kodex in den Bereichen Transparenz und Ausbau der Unabhängigkeit des Aufsichtsrates soll das Vertrauen in die österreichischen börsennotierten Unternehmen weiter stärken. Der Kodex selbst wurde vom Markt gut angenommen und wird von sämtlichen am Prime Market notierten Unternehmen angewendet. Die im Rahmen des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen auf europäischer Ebene vorgesehenen Maßnahmen sind in Österreich bereits größtenteils in nationales Recht umgesetzt worden (zuletzt Prospektrichtlinie, Marktmissbrauchsrichtlinie, Finanzkonglomeraterichtlinie). In den kommenden Jahren liegt der Schwerpunkt nun darin, die bestehenden und im Rahmen des Aktionsplans formulierten Bestimmungen in die Praxis umzusetzen, eine einheitliche Anwendung sicherzustellen und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auszubauen. Untersucht wird auch, wie der grenzübergreifende Zugang zu Finanzdienstleistungen für Privatkunden und zur Vermögensverwaltung ausgebaut werden kann.

Tiefere Finanz- und Kapitalmärkte wirken sich positiv auf die Struktur der Unternehmensfinanzierung und damit auf das Wirtschaftswachstum aus und sind daher ein wesentliches Element der wirtschaftspolitischen Strategie Österreichs.

Abbildung 8: Finanzmarktperformance

Veränderung wichtiger Aktienindices seit 2001 in %

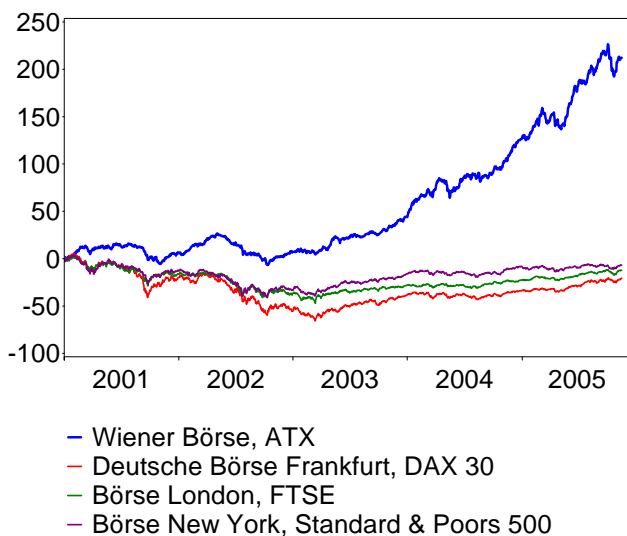
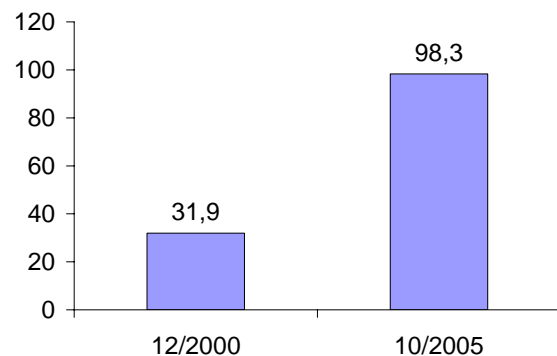


Abbildung 9: Marktkapitalisierung

in Mrd. €

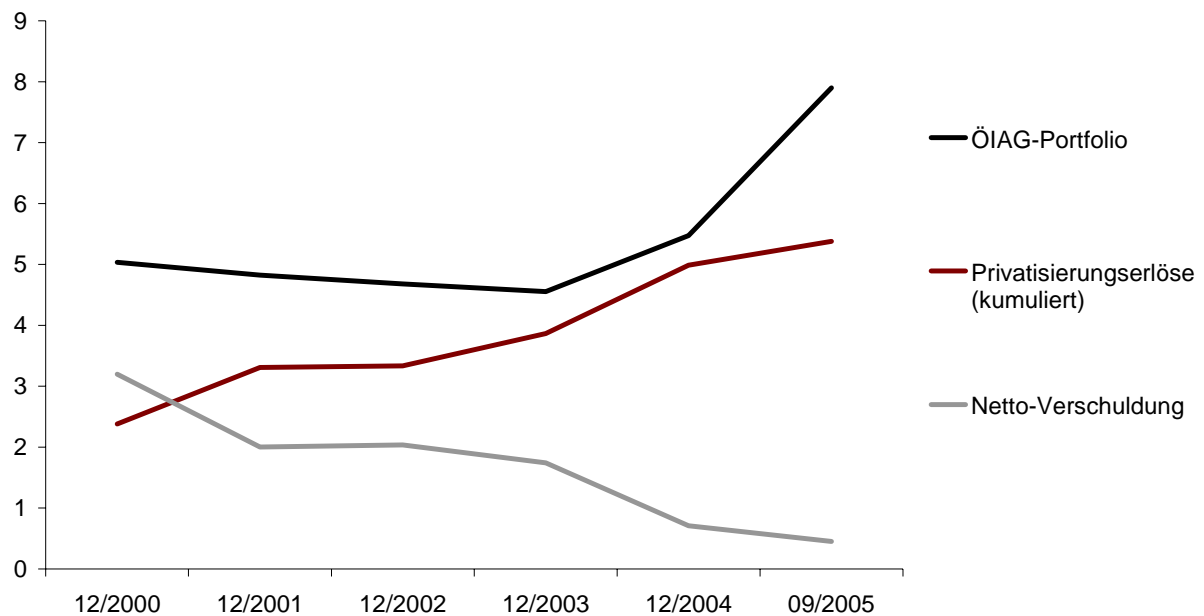


7.2. Privatisierung

Das für diese Legislaturperiode vorgesehene Privatisierungsprogramm der Bundesregierung ist beinahe zur Gänze durch die ÖIAG (Österreichische Industrieholding AG) abgearbeitet worden. Die im Regierungsauftrag definierten Vorgaben sind de facto erfüllt.

- Die Schulden der ehemaligen Verstaatlichten Industrie wurden abgebaut.
- Der Wert der ÖIAG-Unternehmensbeteiligungen wurde deutlich gesteigert.
- Das Nettovermögen der ÖIAG wurde vervielfacht.
- Der Wirtschaftsstandort Österreich wurde nachhaltig gestärkt.

Abbildung 10: ÖIAG Wertentwicklung 2000 bis 2005
in Mrd. €



Quelle: ÖIAG

Die Privatisierungserlöse beliefen sich im Jahr 2004 auf 1,2 Mrd. €. Diese wurden zum konsequenten Schuldenabbau verwendet. Die Nettoverschuldung der ÖIAG betrug per 30.9.2005 455 Mio. € nach einem Schuldenstand von etwa 6,3 Mrd. € im Jahr 1999. Die Nettoverschuldung der ÖIAG wird im Jahr 2005 nahezu gänzlich abgebaut, wenn die noch ausstehende Wandelanleihe auf Telekom eingerechnet wird. Kumuliert ergeben die Privatisierungserlöse seit dem Jahr 2000 5,4 Mrd. €. Gleichzeitig konnte der Portfoliowert auf 7,9 Mrd. € gesteigert werden. Das Portfolio der ÖIAG besteht heute noch aus Beteiligungen an den Unternehmen Austrian Airlines AG, OMV AG und Telekom Austria AG, sowie den nicht börsnotierten Unternehmen Österreichische Post AG und GKB Bergbau GmbH.